

Diese Anträge sind von den Nationalvereinen, dem Zentrum und anderen Parteien gestellt; eine Resolution der Volkspartei und der Nationalvereine fordert die Abgabe des Submissionswesens, andere Resolutionen fordern die Abgabe der Reichs- und Provinzialverwaltungen, des Personals der Meinen- und Straßenämter, einschließliche Privatbeamtenrecht unter besonderer Berücksichtigung der technischen Beamten. Zentrum, Nationalvereine, Volkspartei setzen eine Reihe von Resolutionen durch über die Sicherung der Tarifverträge, eine Zentralstelle zur Förderung der Tarif, die Schaffung eines Reichsversicherungsamts u. a. Die Volkspartei fordert die Förderung der Regelung der Verhältnisse der Reichsamtbediensteten, des Personals der Meinen- und Straßenämter, einschließliche Privatbeamtenrecht unter besonderer Berücksichtigung der technischen Beamten. Zentrum, Nationalvereine, Volkspartei setzen eine Reihe von Resolutionen durch über die Sicherung der Tarifverträge, eine Zentralstelle zur Förderung der Tarif, die Schaffung eines Reichsversicherungsamts u. a. Die Volkspartei fordert die Förderung der Regelung der Verhältnisse der Reichsamtbediensteten, des Personals der Meinen- und Straßenämter, einschließliche Privatbeamtenrecht unter besonderer Berücksichtigung der technischen Beamten.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht. Eine Resolution Wasserbaum auf Herabsetzung der Eisenbahnpreise für deutsche Staats- und Eisenbahnen der Provinz in Anland. Abgelehnt werden die Wünsche der Abg. Berner-Göbel, von Heber und Knudhoff nach einem Reichsamt für die deutsche Sprache, bei den Bestimmungen zum einmaligen Sammelbesuch. Der Votum Brandts hatte Wünsche an Private zu Versuchen mit künstlichem Regen, künstlicher Bewässerung verlangt. Dieser Antrag wird im Sammelrat mit 171 gegen 133 Stimmen angenommen.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Ich sehe übrigens auch nicht ein, wie sich der Korrektor darüber wundern kann, daß die bürgerliche Gesellschaft sich nicht über diese Jugendbewegung ins Leben rückt. Wenn Sie die Bäume gegen die bürgerliche Gesellschaft in dieser Weise führen, dann muß sie sich zusammenschließen und sich auf den Kampf, der ihr aufgegeben wird, rüsten. Sie muß ihre Wünsche in ihrem Sinne geltend machen, daß Vaterlandsliebe und patriotischer Sinn erhalten bleiben. Dabei will ich doch auch betonen, daß die Soldatenpreise und manches politische Behauptung von nicht geringem Wert sind. Ich würde mich freuen, wenn ich in der Jugendbewegung ein gewisses militärisches Element in der Jugendbewegung erblickte, was in der Natur der Sache liegt, aber nicht einzuwickeln, nämlich, daß wir gelernt haben, und mehr der Jugend zu widmen in einem Sinne, der eine vaterländische Zukunft bietet. (Sehr richtig!) Wenn Sie Ihre jungen nicht geringen Zukunftsgewinnenden, dann wollen Sie dem nicht weiter entgegenstellen.

Wir nehmen den Kampf auf im Geiste unserer glorreichen Tradition und unserer Gefühle. Dieses oder jene Verbot, das Sie aufhören, ist ein Ausnahmefall. Jugendbewegung und Jugendbewegung müssen wir verteidigen, ohne daß wir dabei gewisse schärfere Maßregeln uns zu eigen machen. Die Tätigkeit der Zentralstelle ist nur zu begrüßen, weil in ihr sich die Mitglieder der Reichspolitischen Parteien zusammenfinden und gemeinsam über ihre Ziele verhandeln. Das bringt die Menschen einander näher, klärt ihre Anschauungen, und ich kann nur meine Freude über die geleistete Arbeit ausprechen. Natürlich liegt es auf dem Boden des Gegenwartsstandes, das wird aber niemand bezagen können. Vor zwei Jahren habe ich eine solche Rede gehalten, und ich meine Freude ist es jetzt 2500 Mrk. mehr geworden. Ich spreche dafür meinen Dank aus. Besser spät als gar nicht, und wenn es nicht viel ist, so ist es doch besser geworden. Ich hoffe, wenn wir uns Zeit lassen, werden wir vielleicht auf 3000 Mrk. erreichen. (Sehr richtig!) Der Staatssekretär sagte damals, die Zentralstelle sei keine Reichsanstalt, sie solle aber wie eine solche behandelt werden. Es ist nicht möglich, es sei eine Staatsanstalt, aber mehr Geld will ich haben. (Sehr richtig!)

Wenn die Gesellschaft heute viele enttäuscht, so kommt das daher, daß wir nicht genug Kraft und Mittel haben, uns zu entwickeln. Der Staatssekretär hat uns damals eine Hoffnung offen gelassen, er wird hoffentlich die passende Gelegenheit ergreifen, um dem Wangel an Mitteln entgegenzutreten. Man soll es nicht machen wie mit unseren schulpflichtigen Mädchen, für die man unpraktische Aufwandsarbeiten ansetzt, so daß kein Mensch hingehen kann. (Sehr richtig!) Wir leiden eben an dem Wangel an Geld, und dabei heißt es doch immer Kulturzwecke leiden nicht. Vielleicht kann der Staatssekretär heute noch keine bestimmte Antwort geben, ich würde ihn auch nur bitten, die Angelegenheit in Einvernahme zu behalten. Somit haben meine Ausführungen nur den Zweck, ihr in seinen Beziehungen thätig zu unterstützen. (Beifall.)

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

Man namentlich die Resolutionen des Abg. Mann wird weiter angenommen bei Abweisung der Resolutionen der Nationalvereine und sämtlicher Einzelfraktionen. Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspolitischen Volkspartei, die eine einheitliche Reichssteuer über das Interesse der verschiedenen Reichsgruppen und der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsarten, das finanzielle Interesse der Reichsgruppen und Kommunen an der Volkspolitik bezieht.

für die Zentralstelle noch nach stärker erhöht. Jedemfalls ist die unterer moralischen Unterstützung nach jeder Richtung sicher.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.): Reichspolitische Jugendorganisationen gibt es bei uns nicht mehr, wir bestreiten das auf das allerentschiedenste.

Abg. Reus (Soz.): Das Reich hat die Verpflichtung, eine Arbeitslosenversicherung ins Leben zu rufen. Ein Versuch in dem Sinne ist bereits vor zwei Jahren gemacht worden. Die Zentrale müßte Arbeitslose mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen beschäftigen. Damit würden sich auch Verbesserungen der Wohnungsverhältnisse ergeben lassen.

Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Die Leistungen der Reichsversicherungs-Ord. nung stellen dem Reiche 57 120 000 Mrk.

Eine Resolution der Budgetkommission fordert neue Verordnungen über die Kosten der Sinterbliebenenversorgung. Sollte sich ergeben, daß höhere Renten gezahlt werden können, so soll dem Reichstag gleichmäßig eine entsprechende Vorlage gemacht werden.

Abg. Volkshüter (Soz.): Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wurden unsere Anträge als phantastische Forderungen bezeichnet, die Milliarden verschlingen würden. Jetzt sehen wir, daß diese Behauptung unserer Gegner phantastisch war, und daß der Reichsausschuß viel geringer ist als damals angenommen wurde. Der Rechner sucht mit reichem Zahlenmaterial nachzuweisen, daß die Wertminderung in fast allen Versicherungsarten sich als durchaus unbedeutend erweisen werden. Man möge sich die Zahlen anschauen. In der ersten und zweiten werden auf diese Weise einmal die richtigen Leute der Welt sein. Aber hungern, verhungern werden sie dabei.

Ministerialdirektor Caspar gibt statistisches Material über die gewährten Renten. Die Zahl der Renten hat sich vom ersten bis zum vierten Vierteljahr 1912 verdoppelt und beträgt 14000. Von diesen sind 10000 aus dem Reichsangehörigen, 4000 aus dem Ausland.

Abg. Göttsch (Wp.): Es wäre sehr angebracht, die Statistik in einer Weise zu schärfen, dem Hause vorzulegen. In dieser Form kann man die Zahlen nicht verstehen. Es muß möglich sein, die Renten der Witwen und Waisen zu steigern. An den Einzelheiten unserer sozialpolitischen Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wir haben in verschiedenen Arbeiten und Vorträgen die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung dargestellt und erläutert, so daß diese Kräfte sehr wohl eingehend studiert werden können. Ich habe neulich erst die Mängel anerkannt, die in der Art der Umwidlung unserer Sozialpolitik liegen, aber andererseits betont, daß der Vorwurf nicht berechtigt ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter sei nicht hingetragene Sorge. Die Gesetzgebung mag manches auszuliegen sein, das Ganze aber ist gut und gesund.

Das Spiel vom Sterben des kranken Mannes.

Wolffs telegraphisches Bureau verbreitete gestern Abend folgende bedeutende Meldung aus Konstantinopel:

Der Kaiser hat sich für Annahme der Note der Mächte und Abschluß des Friedens aus.

Damit ist das Dokument, auf dem gestern früh zu lesen stand, daß die türkische Regierung die bedingungslose Übergabe Adrianopels beschlossen habe — vollständig, und der Friede, der in der letzten Woche auf der Londoner Konferenz so oft gefährdet schien, perfekt geworden. Die verbündeten Balkanstaaten haben einwilligen so ziemlich erreicht, was sie wollten. Allerdings, der bulgarische Traum nach Kirkpässe, von der Kaiserkrönung des Zaren Ferdinand in der Saga Sophia ging nicht in Erfüllung; denn der türkische Zar stand sprunghaft an der Dardanellen. Er wird auch dafür sorgen, daß der glühende Wunsch

des talentvollen Coburgers an dem politischen Testament Alexanders des Ersten von Rußland, der Dardanellen als „Schlüssel seines Hauses“ bezeichnete — ein Wunsch bleibt, nichts mehr.

Es steht uns nicht, sentimentale Tränen zu vergießen über dieses Spiel vom Sterben des kranken Mannes als Bosporus; es steht uns auch nicht, über die in den letzten Tagen angeordnete, von Poincaré besonders approbierte Moral der Großmächte, von der wir schon betonten, daß sie einen doppelten Boden habe und deshalb kein Ruhmsblatt des Mächtelchens darstelle, zu setzen.

So bedauerlich die Zurückdrängung der Türkei von europäischem Boden für unsere politischen und Handelsinteressen ist, so wünschenswert es auch für das Prestige der in der türkischen Armee tätig gewordenen deutschen Offiziere war, wenn an der Istanbulhalbinsel die Waffentragenden Osmanen von den Frieden vorausgegangener Tage befreit worden wäre, — Grund zu sentimentalischen Betrachtungen haben wir nicht. Das Los des sinkenden Halbmonds soll uns weniger interessieren als das, was jetzt kommen wird! — Denn in der Konstellation der Mächte, die mit

ihren Bündnispartnern, dem „Statusquo“, unter dem Beifall der Galerie so glänzend verlag haben, ist während der Konferenz in London eine bemerkenswerte Veränderung eingetreten, die unsere Diplomatie sorgfältig im Auge zu behalten hat. Der bisherige Außenminister in Frankreich, Herr Poincaré, der bei Beginn des Krieges am eifrigsten für die Desintereamentserklärung der Mächte plädierte und nur durch die Haltung des — übrigens fälschlich als absolut unfreundlich bezeichneten verstorbenen Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter, der sich über dieses, ihm von der Presse beigelegte Epitheton leicht amüsierte, — an einer — energischen Betonung dieser Note gehindert wurde, hat in der Politik Frankreichs eine Schwenkung an die Seite der Balkanmächte vollzogen. Der Botencharakter der französischen Republik in London, Herr Cambon, hatte Instruktionen, den ursprünglich so hartnäckig vertretenen Desintereamentstandpunkt preiszugeben. Nur Frankreich ist es, das die Forderung Griechenlands, die auf Anzeigung der Inseln im Ägäischen Meere lauten (womit der asiatische Besitzstand der Türken einer ersten Gefahr ausgesetzt ist), mit Nachdruck unterstützt. Bergißt man

nicht, daß neuerdings auch wieder von der dem Engländer nahestehenden und gutbürgerlichen Pariser Presse das historische französische Protektorat über die katholische Christenheit im Orient aus der Munitament hervorgerufen und fürchterlich denn je betont wird, daß ferner der „Temps“ wiederholt den Appetit der Nationalisten reizt, indem er die Distrikte im Libanongebiete und Syrien als „Interessensphäre“ bezeichnet — wo hat die Frankreich nicht! —, so wird es klar, wozu die Fahrt jetzt geht. Daß England diese Fahrt mitmacht, daran ist nach den Erklärungen Sir Edward Grey nicht zu denken, und so ergibt sich denn für das Deutsche Reich eine willkommene Gelegenheit, Hand in Hand mit England die französische Orientpolitik, so weit sie sich auf die Stalpingen des tranken Mannes in Asien bezieht, zu vereiteln. Ein ernstes, für unsere Interessen aber gebieterisch notwendiges Spiel!

Wir werden sehen, wer dabei die Karten mischt und wem die Trümpele zufallen.

W. G.

Staatssekretär Delbrück und die Wohnungsfrage.

Die Budgetkommission des Reichstages legte am Mittwoch die Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern bei der Wohnungsfrage fort. Das Zentrum brachte eine Resolution ein,

„den Reichstagsler zu ersuchen, dem Reichstag bei Beginn seiner nächsten Tagung im Herbst 1913 eine Vorlage zu machen, nach der das Reich in Verbindung mit den einzelstaatlichen Regierungen unter gewissen Bedingungen die Bürgerschaft übernehmen wird für die zweiten Hypotheken der Kleinwohnungsbauten gemeinsamer Baugesellschaften in dem Bereiche von 50—80 Proz. des Gesamtwertes von Boden und Bauwerk.“

In Begründung der Resolution dankte der Zentrumsredner dem Staatssekretär für seinen festen guten Willen und seine Zusage, gelegentlich auf dem Gebiete der Wohnungsreform vorzugehen. Das gemeinsame Vorgehen des Reichstages habe also doch einen Erfolg gezeitigt. Als ein Reformer der Fortschrittspartei bezweifelte, ob der Staatssekretär, der doch gegen Breußen nichts durchzuführen könne, in der Lage sein werde, seine Zusage zu erfüllen, erwiderte Staatssekretär Dr. Delbrück, es müsse ihm überlassen bleiben, das wahr zu machen, was er in Aussicht gestellt habe. Gegenüber Bemängelungen von sozialdemokratischer Seite führte der Staatssekretär weiter aus:

Er habe wiederholt, auch im Plenum des Reichstages, schon erklärt, daß an sich fast alle Fragen, die das Wohnungsproblem im engeren Sinne betreffen, zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehören. Nur wenn die Einzelstaaten sich nicht entschließen könnten, das Erforderliche zu tun, so sollte das Reich einschreiten. Entsprechend diesen früheren Erklärungen habe er die Frage aufgeworfen, ob ein Reichswohnungsgesetz geschaffen werden sollte. Bei den größeren Bundesstaaten sei er dabei auf Widerstand gestoßen. Breußen habe die Frage erörtert werden, ob das Baurechtliche der Wohnungsfrage durch die Bundesstaaten, die Wohnungsaufsicht durch das Reich gelegentlich geregelt werden solle. Dabei sei zu beachten, daß das Reich habe keine ausführenden Organe, es habe mit den Gemeinden, die hier hauptsächlich in Betracht kämen, in keiner direkten Verbindung. Das sei bei den Einzelstaaten aber doch der Fall. Er habe die Hoffnung, daß in Breußen die Sache in Ordnung komme und ein Wohnungsgesetz vorgelegt werde; andere Staaten würden folgen, sofern sie nicht schon vorangegangen wären. Der Fonds im außerordentlichen Etat von 4 Millionen könne auch zur Vermögensgewährung verwendet und so in erweitertem Sinne dem Kleinwohnungsbau nutzbar gemacht werden. Aber über einen weiteren Kreis, als im Etat vorgesehen, hinauszufragen und den Fonds den Bedürfnissen der auch außerhalb der Reichsbetriebe stehenden Personenzirkel zur Verfügung zu stellen, das wäre schon vom Standpunkte einer geordneten Finanzwirtschaft unmöglich. Es müßten dann ungezügelt Millionen mobil gemacht werden. Es solle aber geprüft werden, wie durch Reichsgesetz die Kreditgewährung erleichtert und wie durch Ausbau des Erbschaftsrechtes, des Hypothekenrechtes usw. das Wohnungsproblem weiter gefördert werden könne.

Nach Ablehnung zweier Änderungsanträge wurde die Resolution des Zentrums einstimmig angenommen, ebenfalls der Antrag, im nächsten Etat den Anlaß zu erhöhen. Die Summe von 4 Millionen wurde genehmigt. Hierauf wurden Beamtenspetitionen erledigt. Einer Petition unterer Staats- und Reichsbeamten auf Bewährung einer Teuerungszulage trat der Reichssekretär entgegen. Ihre Berücksichtigung bedeuete die Vorwegnahme einer Belohnungserhöhung, die jetzt nicht vorgenommen werden könne. Die Petition wurde als Material überwiesen.

Deutsches Reich.

Ein fühner Patronillenritt.

Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, gelang es am 27. November einer Patrouille der 7. (Kamerreiter-) Kompanie der Südwestafrikanischen Schutztruppe unter Führung des Hauptmanns Mansfeld, die Buschleute, von denen am 28. September der Reiter Müller von der 9. Kompanie in den Dünen bei Sunirob ermordet worden war, aufzufinden. Bei der Verfolgung wurde die Patrouille zweimal im Busch beschossen, ohne Verluste zu erleiden. Bei einem zweiten Zusammenstoß am 29. November ist der Mörder des Getreiten Müller gefallen. Die übrigen Mitglieder der an dem Morde beteiligten Bande wurden gefangen genommen.

Die Lippeischen Landtagswahlen.

W. Petmel, 22. Jan. Bei den Wahlen zum Lippeischen Landtag wurden in der ersten Klasse fünf Konservative und zwei Nationalliberale gewählt. Demnach sind im ganzen gewählt zehn Konservative, zwei Nationalliberale, drei Freisinnige, ein Christlich-Sozialer und ein Sozialdemokrat. Außerdem sind vier Stichwahlen zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten erforderlich. Der bisherige Landtag setzte sich zusammen aus zehn Konservativen, zwei Nationalliberalen, sieben Freisinnigen, einem Christlich-Sozialen und einem Sozialdemokraten.

Ein neuer Thüringischer Gebietsaustausch. Den „L. N. N.“ wird aus Gotha berichtet: Zwischen dem Herzogtum Gotha und dem Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen wird ein Gebietsaustausch angebahnt, der günstigere Schulverhältnisse für die Gemeinde Dörberg zur Folge haben wird. Bislang waren die Kinder dieses gothaischen Ortes nach dem gleichfalls gothaischen Grenzloka eingeschult, doch ist diese Gemeinschaft aufgehoben und Dörberg muß eine eigene Schule bauen. Da es der dicht an Schwarzburgisches Gebiet grenzenden Gemeinde an einem geeigneten Bauplatz fehlt, soll ein solcher vom Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen im Wege des Austausch gewonnen werden. Die auf beiden Seiten in Frage kommenden Gebiete sind ungefähr gleich groß, und da der Vorteil einer solchen Grenzauflösung auf beiden Seiten liegt, dürften auch die Volksvertretungen, denen die Verträge augenblicklich vorliegen, dem Austausch zustimmen. Allmählich bricht sich die Erkenntnis in Thüringen immer mehr Bahn, daß die gerade dort recht frauen und unbedürftigen Grenzverhältnisse zur Erhöhung der Verwaltung beitragen, und man ist daher einer Regulierung allerseits zugeneigt.

Parlamentarisches.

W. Berlin, 22. Jan. Der Reichstag hat die konservative Resolution, betreffend das Verbot des Streikpostens, in namentlicher Abstimmung mit 282 gegen 52 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt.

W. Berlin, 22. Jan. In der Budgetkommission des Reichstages erklärte Staatssekretär Dr. Visco, nachdem der Entwurf einer Reichsstrafprozessordnung vom Reichstag nicht verabschiedet worden sei, solle zuerst die Strafprozessfrage gelöst werden. Ende des Sommers 1913 werde die Kommission den Entwurf eines Strafgesetzbuches beendet haben. Der Entwurf werde dann an den Bundesrat und etwa 1916 an den Reichstag gelangen. Ueber eine eventuelle Abänderung des Spionagegesetzes schweben Erwägungen.

W. Berlin, 22. Jan. In der Sitzung der Kommission des Reichstages zur Beratung der Konkurrenzklause wurde seitens der Regierung erklärt, daß die verbündeten Regierungen ein gänzlichliches Abschaffung der Konkurrenzklause durchaus ablehnend gegenüber ständen.

Hof- und Personalmeldungen.

Der Kaiser empfing Mittwoch mittags 12½ Uhr den Geheimen Freiherrn v. Jenisch. Zur Frühstückstafel beim Kaiserpaar waren geladen Fürst Solms-Baruth mit Gemahlin, Fürst Fühlberg, Herzog zu Trachenberg mit Gemahlin, Herzog von Arenberg mit Gemahlin und General der Freiherr von Jenisch. Der Kaiser nahm ferner heute im Schlosse den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts Wirtl. Geh. Rats von Valentini entgegen.

Aus London, 22. Jan., wird gemeldet: Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowski begab sich heute nach Windsor und legte im Auftrag des Kaisers am Grabe der Königin Victoria, deren Todestag heute ist, einen Kranz nieder.

Ordensverleihungen. Wie der Reichsanzeiger meldet, hat der Kaiser den nachstehenden höchsten Staatsangehörigen folgende Auszeichnungen verliehen: den Rotten Adoranten dritter Klasse dem außerordentlichen Professor an der Universität Leipzig, Geh. Medizinalrat Dr. Karl Sudhoff, und dem Amtshauptmann Geh. Regierungsrat Heinrich von Erdmannsdorff zu Ramenz; den Rotten Adoranten 4. Klasse dem Hofmeister Wilhelm Schulze zu Wernsdorf, dem Bürgermeister Dr. Alfred Seiber zu Riesa und dem Stadtratsordensangehörigen Buchhändlerobermeister Paul Ulrich zu Dresden; den Stern zum Königl. Kronenorden 2. Klasse dem Leibarzt des Königs von Sachsen, Generalarzt z. D. Wilhelm Sells zu Dresden; den Königl. Kronenorden 2. Kl. mit dem Stern dem Direktor im Ministerium des Innern Geh. Rat Dr. Kumpel; den Königl. Kronenorden 2. Klasse dem Geh. Regierungsrat Dr. Paul Krübe, Vortragender Rat im Ministerium des Innern; den Königl. Kronenorden 3. Klasse dem Regierungsrat Grafen von Holkenhorst, Vorstand der Delegation in Sayda, und dem Oberpostmeister Oskar Schleich zu Wernsdorf; den Königl. Kronenorden 4. Klasse dem Vorstand der Aktien-Gesellschaft Hotel Bellevue in Dresden Richard Konejedy und dem Geheimsekretär im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten Richard Fischer.

Ausland.

Jagows Abreise.

W. Rom, 22. Jan. Staatssekretär von Jagow ist heute nach Berlin abgereist. Am Bahnhof waren u. a. erschienen: der Minister des Aenerns i San Giuliano, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Galea. Generalstabschef Generalleutnant Pollio, der italienische Botschafter in Berlin, der englische, russische und österreichisch-ungarische Botschafter, der rumänische Gesandte, Fürst Bilow, sowie der preussische und bayrische Gesandte und sämtliche Mitglieder der Botschaft.

Verbandstage.

Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge.

Unter dem Vorhise des Staatsministers a. D. v. Hentig fand Freitag abend im Herrenhause auf Veranlassung der

Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge ein Erörterungsabend statt, um den Gesetzentwurf über das Verbot gegen Jugendliche zu besprechen. Unter den Anwesenden befanden sich zahlreiche Justiz- und Verwaltungsbearbeiter, Geistliche, Pädagogen, Parlamentarier aller Fraktionen, sowie die Vorstandsamen der verschiedenen an der Jugendpflege und Jugendfürsorge interessierten Frauervereine. Offizielle Vertreter hatten entsandt das Reichsjustizamt, das Preussische Kultusministerium, das Preussische Justizministerium, das Sächsische Ministerium des Innern, das Landgericht Berlin II, die Stadt Neukölln und die Berliner Armenbirection.

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf über das Verbot gegen Jugendliche den Zweck habe, die ganze Sachlage, wie es bereits in anderen Ländern gesehen sei, auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Aufgabe der Verammlung soll es sein, zu dem Entwurfe Stellung zu nehmen und zwar auf Grund unserer praktischen Erfahrungen, die trotz der Kürze der Zeit sehr reich sind. Diese Erfahrungen sind ausgetauscht worden auf den Jugendgerichtstagen, die wiederum entstanden sind aus der tiefen Teilnahme für die Regeneration unserer Jugend.

Der Vorsitzende erteilte darauf dem Amtsgerichtsrat Dr. Kühne (Berlin) das Wort, der sich in Deutschland zuerst mit der Frage der Jugendgerichte beschäftigt habe. Der Referent führte aus: Jedes neue Gesetz ist bisher immer ein Sprung ins Dunkle gewesen. Wenn wir heute ein Jugendgerichtsgesetz schaffen, so sind wir in der erfreulichen Lage, dessen Wirksamkeit mit einiger Sicherheit voraussehen zu können. Wir Richter können mit Stolz auf das bilden, was in dem kurzen Zeitraum von fünf Jahren auf diesem Gebiete geschaffen worden ist. Mit Dank gebe ich der einseitigen Justizverwaltung, die uns gefördert haben, so weit es in ihren Kräften stand. Drei Dinge führen wir neu in die Praxis durch den Entwurf ein: 1. Die Vereinigung der strafenden und fürsorgenden Tätigkeit des Richters, 2. die Verbindung und Ausbildung einer Art vormundschaftsrichterlicher Tätigkeit, der man bisher nicht wußte, die Schulaufsicht, und 3. eine Heranziehung ärztlicher Mitwirkung, wie sie bei den Strafgerichten bisher niemals in dem Umfang bestanden hat. Der dem Reichstag vorliegende Entwurf ist nach seiner Einteilung lediglich ein Projektentwurf, und die Mehrzahl seiner Bestimmungen entspricht dieser Einteilung. Aber es muß doch darauf hingewiesen werden, daß er auch Bestimmungen materiell-kreditlicher Natur enthält, die erheblich eingreift. Als materielles Recht betrachtet ich die Freigabe des Legalitätsprinzips; in das Vormundschaftsrecht fallen die Bestimmungen über die fürsorgliche Tätigkeit, die Ausführung der Schulaufsicht, von der unser Bürgerliches Gesetzbuch nichts weiß. Der Redner geht dann auf die einzelnen Bestimmungen und die dazu vorliegenden Wünsche der Jugendzentrale ein und bespricht an erster Stelle das Verlangen nach Heranziehung des Strafmündigkeitsalters auf das vierzehnte Lebensjahr. Die dem Verlangen komme der Entwurf nicht nach. Nach einer Mitteilung des Oberlandesgerichtspräsidenten Spahn auf dem Frankfurter Jugendgerichtstage will die Regierung hierzu ihre Hand nicht bieten. Bezüglich des Legalitätsprinzips ist in dem Entwurf vorgehoben, daß eine Klage nicht erhoben werden soll, wenn Erziehungs- und Besserungsmassnahmen am Plage sind. Es wird dadurch die Entscheidung über die Frage, ob Strafe oder Erziehungsmaßnahmen erforderlich sind, in die Hand der Staatsanwaltschaft gelegt. Die Durchbrechung des Legalitätsprinzips hat große Bedeutung. Wesentlich ist es, daß überall, wo Jugendgerichte existieren, die Strafgerichte gegen Jugendliche eben an den Jugendrichter und nicht an den Vormundschaftsrichter kommen.

An den Worten der Referenten schloß sich eine lebhafteste Debatte.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 23. Januar.

Ein einheitlicher Gaspreis.

„So, so geht das Gerücht, bereits zum 1. April hier eingeführt werden. Wie wir von zuständigen Stelle erfahren, ist die Nachricht verfräht. Gewiß geht unsere Verwaltung damit um, Leicht- und Rasches nach einem einheitlichen Preise zu bewerten. Aber an die Ausführung dieser Absicht ist erstweilen noch nicht zu denken. Erst müßte die großen Netzanlagen, an deren Ausführung man zurzeit arbeitet, beendet sein, ehe man an die Einführung eines Einheitspreises denken kann.“

Die Netzanlagen sind ganz gewaltiger Natur; sie erfordern über 900 000 Mk. Aufwand, werden aber auch den Erfolg haben, daß künftig unser Gaswerk, welches gegenwärtig auf 40 000 Kubikmeter Gaserzeugung eingerichtet ist, von da an ein Tagesquantum von 70 000 Kubikmeter leisten kann.

Man will mit diesem Zeitpunkt auch das Automaten-system einführen, wie es andere Städte, z. B. Königsberg, und andere Länder bereits mit bestem Gelingen in Geltung gesetzt haben. Es handelt sich da um ein System, bei dem Automaten, die in den Wohnungen aufgestellt werden, gegen den Einwurf von 10 Pfg. ein gewisses Quantum Gas liefern, und zwar gleichgültig, ob zu Koch- oder zu Leuchtzwecken. Diese Automaten, die anderswo außerordentlich zur Hebung des Gastonjums beigetragen haben, bedingen dann von selbst einen Einheitspreis. Wie hoch der sein wird, steht noch nicht fest. Man darf aber auf einen Preis von 13 Pfg. gefaßt sein.

Vollstimmliche Musikabende.

Aus Kreisen heftiger Musiker und Musikfreunde hat sich ein Ausschuss gebildet, der dahin wirken will, den breiten Schichten des Volkes allmonatlich Konzerte und Vortragsabende mit Gaben unserer klassischen, romantischen und modernen Musikliteratur zu bieten. Dabei wird hauptsächlich an Kammer- und Chormusik, sowie an Solofieder gedacht. Ein kurzer, erklärender Vortrag soll den Musikdarbietungen vorausgehen. Zunächst sind drei Konzerte in Aussicht genommen mit möglichst einheitlichem Programm. Das erste wird Mozart gelten.

Studierende Landwirte in Halle.

In der Universitäts-Halle fanden im Wintersemester 1912/13 mit Einschluß der nachträglich Immatrikulierten und Exmatr.

446 Landwirte von Berlin. 1500 geboren an: dem Königreich Preußen 190, Österreich 120, Braunschweig 14, Anhalt, Sachsen 11, Hessen, Westfalen 9, Sachsen-Weimar 9, Baden, Oldenburg, S. Meiningen je 4, Hamburg, S. Koburg, Gotha, Meiningen je 3, Preußen j. 2, Bremen, Württemberg, Schwarzburg-Rudolstadt je 1, Desterreich-Ungarn 96, Russland 38, Rumänien, Serbien je 4, Bulgarien, Schweden je 2, Griechenland, Schweden je 1, Amerika 3, Asien 3. Landwirte von Berlin im ganzen 446.

Außerdem beteiligten sich am landwirtschaftlichen Studium 67 Kameradschaften.

Im Lehrereinnereverein sprach Fräulein Wathdise Schulze aus Merseburg über ihre vorjährige Reise zum Orientalkongress in Athen. Sie hat bei dieser Gelegenheit die altberühmten Stätten Griechenlands besucht. Ihre Reise führte über Korfu, Varna, Olimpia, Korinth, Trips, Athen nach Athen, von dort nach nach Delphi. Fesselnd berichtete sie über den heutigen Zustand von Land und Leuten und gab sichere Ansichten über die Ausgrabungs-Verläufe und -Erfolge älterer und neuerer Zeit. Aus den zu Tage geförderten Funden wußte sie alte und älteste Sitten lebensvoll erstehen zu lassen und verfolgte die Schicksale der Kunstdenkmäler durch die Jahrhunderte bis in die Neuzeit. Auch von dem Kongress selbst und der Jubiläumssfeier der Universität Athen ergriff sie ein interessantes, der Vortrag war getragen durch poetische Auffassung und unterstützt durch eine Reihe gut gewählter Lichtbilder. Alle Hörer haben reiche Anregung empfangen.

Provincial-Nachrichten.

Erhöhung der Beamtengehälter.

Weimar, 21. Jan. Die dem Landtage zugegangene Vorlage über die Erhöhung der Besoldungen der Staatsbeamten erfordert einen jährlichen Mehraufwand von 415 180 Mark. Im Durchschnitt beträgt die Aufbesserung zehn Prozent.

Die Besoldungsregelung soll mit Rücksicht auf die zum Teil recht schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich ein großer Teil der Beamenschaft infolge der derzeitigen Feuerungsverhältnisse befindet, bereits mit Wirkung vom 1. Januar 1913 in Kraft treten. Der oben erwähnte Mehraufwand kann ohne Erhöhung der Steuern aufgebracht werden.

Freiburg, 22. Jan. (Gärtnerlehranstalt.) Durch eine Kommission der Landwirtschaftsamter wurde kürzlich das Terrain befreit, auf dem die neu ins Leben zu rufende Obst-, Wein- und Gartenbauschule Freiburg a. N. eingerichtet werden soll. Die Bestätigung ergab, daß das Grundstück sich vorzüglich für die Bestimmung eignet. Die Stadt Freiburg mit ihrer Umgebung bietet überhaupt ein reiches Demonstrationsterain, und auch alle sonstigen Verhältnisse lassen sie als den richtigen Ort für eine derartige Lehranstalt erscheinen. Der Beschluß der Anstalt wird bestimmt am 1. April d. J. aufgenommen werden. Wir möchten daher alle angehenden Gärtner darauf hinweisen, daß gerade in diesem Jahre bei der Anlage des Versuchsgartens, für den Obst-, Gemüse- und Blumenkulturen vorgezogen sind, sich eine nicht leicht wiederkehrende Gelegenheit bietet, neben Erlangung theoretischer Kenntnisse reiche praktische Erfahrungen zu sammeln. Anmeldungen zum Besuch der Anstalt sind an die Landwirtschaftsamter in Halle zu richten, von der auch jede nähere Auskunft eingeholt werden kann.

Erfurt, 21. Jan. (Mit der Bekämpfung der Tuberkulose) im Mittelstand besäftigte sich eine Versammlung, die vom Oberpräsidenten von Hegel für vorigen Sonntagabend nach Erfurt einberufen worden war und an der etwa 100 Damen und Herren aus allen Teilen des Regierungsbezirks Erfurt teilnahmen. Außer dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten nebst sonstigen Regierungsbeamten nahmen an den Beratungen teil Landräte, Geistliche und Vertreter von Innungen, gewerblichen und kaufmännischen Vereinen, von Beamten- und Lehrer-Vereinigungen und Handlungsgehilfen-Vereänden, sowie von den Zweigvereinen des Vaterländischen Frauenvereins. Die Anwesenden erklärten ihre Bereitwilligkeit, sich an der Organisation einer Tuberkulosebekämpfung im Mittelstande innerhalb der Provinz Sachsen zu beteiligen. Zur weiteren Beratung der Angelegenheit delegierte die Versammlung zwölf Herren. Es gilt Einrichtungen und Schutzmaßregeln zu treffen, die diesem dem bürgerlichen Mittelstande zugute kommen sollen, kurz- und Heilstätten zu errichten für solche Kranke des Mittelstandes, denen die Mittel zur Verbreitung der Kosten fehlen.

Wobden (Sachsen-Weimar), 22. Jan. (Eine kaum glaubliche Brandkatastrophe) wütete am Sonnabend nachmittag im hinteren Schulgebäude zwei sechs- und siebenjährige Jungen. Die beiden vielversprechenden Würtlingen — würtlingen Brüder — waren in das dritte Klassenzimmer eingedrungen und hatten das Kachelofen geöffnet. Auch in das verhängene Nebenzimmer, in welchem Bücher, Hefte und aufbewahrt werden, vermochten sie einzudringen, riefen die Hängelampe von der Decke und schleppten nun alles nur Erreichbare zusammen. Auch eine Anzahl Brillen legten sie mit dazu und zündeten dann den Haufen an. Zehnerbücher, Zeitschriften, Diktat- und Aufgabhefte, ein großer Teischwamm und das Sandtuch des Lehrers wurden ein Raub der Flammen. Das meiste Unheilgeschick wurde glücklicherweise durch das rechtzeitige Eingreifen einer Frau, die das Zimmer reinigen wollte, verhindert. Eine gehörige Portion ungebrauchter Asche dürfte den Bengeln die Luft zu betriebligen Streichen austreiben.

Schleiz, 22. Jan. (Das Wunder im Pfarrhaus.) In einer Zeitung in Schleiz veröffentlicht ein Pastor Pfeiffer aus Crispendorf folgendes, für sich selbst sprechende Zitat: „Zur Klärung der wunderbarlichen irigen Annahmen sei bemerkt, daß Donnerstag, den 9. Januar, unser dreijähriges Kind aus einer Fernherbst von sechs Metern direkt auf den feinsten geflochtenen Hof hinunterfiel und — nicht eine auch nur winzige Schramme davontrug. Nicht ein blauer Fleck ist an dem Körper zu sehen. (Dies nach Psalm 91, 12.) Sowohl Professor Breitzung in Plauen als auch der zweite das Kind beobachtende Arzt erklärten, vor einem Wunder zu stehen! Ja, es gibt noch Wunder! Der alte Gott lebt noch! Beherzige das, o Mensch, und esse zette deine Seele! Für die allseitige berufliche Teilnahme unserer achtungsvollen Dank, Pastor Pfeiffer und Frau in Crispendorf.“

Plauen, 22. Jan. (Die erste Bädermeisterei in Sachsen.) Die erste Meisterprüfung einer Frau im Bäderwesen, wohl der erste derartige Fall in Sachsen überhaupt, wurde dieser Tage in Werdj i. B. abgehalten. Der Prüfung unterzog sich nach sechsjähriger Selbständigkeit Frau Julia verw. Penzel. Sie

bestand die Prüfung mit einem „Sehr gut“ und erhielt daraufhin den Meistertitel.

Dresden, 22. Jan. (Ruzschluh.) Gestern abend kurz vor 11 Uhr trat im Arbeitsraum des elektrischen Beleuchtungsapparats ein Brand aus, wodurch ein Arbeiter schwer und ein anderer leicht verletzt wurde. Durch den Zwischenfall trat in der ganzen Stadt eine umfangreiche Störung der öffentlichen Beleuchtung ein. Viele Straßen lagen in Dunkelheit da. Die verletzten Arbeiter wurden ins Krankenhaus geschafft.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

In der juristischen Fakultät der Berliner Universität habilitierte sich für Staats- und Verwaltungsrecht auf Grund seines „Systems der rechtsgerichtlichen Staatsakte“ Gerichtsprofessor Dr. Karl Korman mit einer Antrittsvorlesung über „Beziehungen zwischen Justiz und Verwaltung“. — In der Nacht auf Sonntag ist in Innsbruck der Rektor der tirolischen Berg- und Universitätsprof. i. z. Dr. Ludwig Zantschner im 87. Lebensjahre gestorben.

Theater und Musik.

Der Nachfolger Grubes.

Wie wir hören, soll der frühere Hoftheaterintendant von Coburg-Gotha, Kammerherr von Ehart, zum Nachfolger Max Grubes als Hoftheaterintendant von Weiningen auserselben sein. Seine Ernennung soll daher in nächster Zeit zu erwarten sein.

Bühnenchronik.

Der bekannte Schweizer Dramatiker Dr. Stefan Marquis, der durch seine Bühnenwerke „Casanova“ und „Jar Peter“ die Aufmerksamkeit der literarischen Welt auf sich gelenkt hat, hat zwei neue Dramen vollendet, und zwar „Bathseba“, Drama in 1 Akt, und „Potiphar“, Tragedie in 1 Akt. Die jüdische Theaterleitung hat diese beiden Dramen, die ebenso wie die anderen Bühnenwerke von Dr. Stefan Marquis im Drei-Masten-Berlag München erschienen sind, zur Aufführung erworben. Sowohl „Potiphar“ wie „Bathseba“ wird noch in diesem Winter heusgeschickt werden. Interessieren dürfte auch, daß Dr. Stefan Marquis die holländische Tragedie „Der Tod des Empebolos“ neu bearbeitet hat, eine Tragedie, deren Bühnenbearbeitung sich auch Wilhelm von Scholz bereits unterzogen hat. Am Dienstag, den 4. Februar, findet im Deutschen Schauspielhaus zu Berlin die deutsche Aufführung von August Strindbergs Schauspiel „Mitter Bengts Gärtin“ statt. Die Titelfolle wird von Elsa Galafres dargestellt.

Bernard Shaw hat zwei abendfüllende Stücke vollendet, deren Aufführungstermin und Aufführungsort jedoch nicht feststeht. Das eine Werk heißt „Androcles und der Löwe“ und wird vor einer englischen Premiere in deutscher Sprache die Aufführung wahrscheinlich bei Reinhardt erhalte spielen, und die Schmierigkeit der Aufführung soll darin bestehen, einen geeigneten Darsteller für diesen Part zu finden. — Das zweite Werk Shaws ist eine Arbeit ganz besonderer Art. Der schwedische Uebersetzer Shaws, der das Stück bereits gelesen hat, behauptet, daß er in der ganzen Literatur der Welt nichts kennt, das mit diesem originellen Werte verglichen werden könnte.

Vermischtes.

Deutscher Dampfer gestrandet.

W. London, 22. Jan. (Privat-Telegr.) Der deutsche Dampfer „Orion“ ist in der Bucht von Sunderland gestrandet. Das Schiff ist in zwei Teile geborsten und vollständig wrad.

Schwere Ausschreitungen taten sich zwei Schweizer und ein Arbeiter auf dem Gehöft des Reichers Krause in Wöden (Kreis Labiau) zuzukommen. Sie warfen sämtliche Fenster ein und demolierten in den Ställen alles. Um die Leute vom Wohnhaus fernzuhalten, trat ihnen der Besitzer mit einem geladenen Gewehr entgegen. In diesem Augenblick schlug der eine Schweizer nach Krause, traf aber dabei das Gewehr, das sich entlud. Der Schlag traf den Schweizer, der sofort getötet wurde.

Der Kempower Streik der Blumenarbeiterinnen ist beigelegt worden. Etwa 25 000 Arbeiterinnen haben die Arbeit wieder aufgenommen. In dem „Friedensvertrag“ wurde festgelegt, daß solche Blüden, die unter dem neuen System des Minimallohnes hergestellt werden, ein weißes Etikett tragen müssen, damit die Käufer und Käuferinnen sich davon überzeugen können, daß die Ware nach dem Streik angefertigt wurde. Es wurden ferner verschiedene gesundheitsliche Maßregeln vorgezeichnet. Der Minimallohn für Arbeiterinnen, die sich in einem Lehrverhältnis befinden, ist auf 5,75 Dollar pro Woche und der Minimallohn für ausgebildete Arbeiterinnen auf 25 Dollar wöchentlich festgelegt. Die Ausübung dieser Bestimmungen wird von einem Komitee überwacht. Die Beschlüsse hand dem Streik sehr humanität gegenüber, da bekannt wurde, daß verschiedene Konfektionshändler die Mädchen von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends für 3,60 Dollar die Woche arbeiten ließen. Die Konfektionsarbeiterinnen sind noch im Auslande, doch hofft man, daß auch mit ihnen eine Einigung zustande kommen wird.

Die fixe Kempower Polizei. Eine heizbare Anekdote mit einem Hintergrund wird wie die „Frankf. Ztg.“ erzählt, jetzt in den Vereinigten Staaten lokalisiert. Ein Mann aus Cincinnati nimmt einem Kempower Freunde gegenüber seine Vaterstadt und zählt alle ihre guten Seiten auf. Das Gespräch kommt dabei auch auf die Polizei. „D“, sagt der Mann aus Cincinnati voll Stolz, „niemand kann sagen, daß unsere Polizei nicht fix und finzig ist. Denn dir, da passierte vor einigen Tagen ein Mord, und vier Stunden nachher wußte die Polizei alles.“ „Das ist gar nichts“, antwortet der Kempower, „bei uns ist vor wenigen Tagen ebenfalls ein Mord passiert, und die Polizei wußte alles vier Stunden vorher!“

Sigolung, 22. Jan. Auf der Nordseite der Insel wurde der 113jährige Anabe Max Arnold durch ein abdröhnendes Felsstück erschlagen. Er erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot.

Letzte Depeschen.

Der Marinebefehl des Kaisers.

W. Berlin, 22. Jan. (Privat-Telegr.) Aus Anlaß des Ablebens des Admirals v. Hollmann wurde folgender Marinebefehl vom Kaiser ausgegeben:

Der Admiral v. Hollmann ist aus dem Leben geschieden. Mit ihm ist ein treuer Mann dahingegangen, der überall, wohin ihn Mein Vertrauen stellte, für das Wohl Meiner Marine gewirkt hat. Zu seinen Ehren legen sämtliche Flaggoffiziere sowie die Offiziere des Reichsmarinerechts auf drei Tage Trauer an. Bei der Beisetzungsfeierlichkeit wird der Staatssekretär des Reichsmarinerechts sowie eine Abordnung der Offiziere zugegen sein.

Beratung der Finanziers.

W. Berlin, 22. Jan. (Privat-Telegr.) In Paris haben neuerdings Bepfahrungen zwischen den türkischen Gesandten interessierten deutschen und französischen Finanzleuten stattgefunden. Bei den Verhandlungen handelt es sich um Vorschläge, die der Pforte unterbreitet werden sollen.

Die Schröder-Stranz-Expedition.

W. Berlin, 22. Jan. (Privat-Telegr.) Nach einem am 12. Januar in der deutschen wissenschaftlichen Beobachtungsstation in der Trost-Bai eingetroffenen, in Spitzbergen abgegebenen Radiotelegramm sind auf der Station keine Mitglieder der Expedition Schröder-Stranz eingetroffen.

Versicherungsgesetz für Angestellte.

b. Berlin, 22. Jan. (Telegramm.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung, betreffend Ausführung des § 392 des Versicherungsgesetzes für Angestellte.

Der Pfortenrat.

W. Konstantinopel, 22. Jan. (Privat-Telegr.) Der Pfortenrat begann sich heute 12½ Uhr in dem Hoftheater-Saal zu versammeln. Prinz Sain Halai wohnte der Beratung bei. Das gefamte Kabinett ist anwesend. — Die Führer der jungtürkischen Partei nahmen in dem Palais des Prinzen Kenntnis von den eingegangenen Berichten. Nach einer Meldung des Wiener k. k. Tel. Korrespondenz-Bureaus hat sich der Pfortenrat für die Annahme der Note der Mächte und den Abschluß des Friedens ausgesprochen.

Die ägäischen Inseln.

b. Berlin, 22. Jan. (Telegramm, 5.20 Uhr eingegangen.) Nach Blättermeldungen hat die Pforte an ihre Botschafter zur Uebermittlung an die Kabinete ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie gegen die griechischen Ansprüche auf die Ägäischen Inseln Widerspruch erhebt. Die Pforte betont, daß eine militärische Besetzung niemals ein definitives Verbleiben in sich schließt, und zieht die Besetzung Thessaliens im Jahre 1897, den Krieg von 1877 und die Besetzung Ägäischen Inseln durch Italien als Beispiel heran. Das Nationalitätsprinzip sei nicht ausreichend, um eine definitive Inbesitznahme der Inseln durch Griechenland zu rechtfertigen. Wenn dieses Prinzip Verwendungen finden wollte, so gebe es bedeutende Umwälzungen auf der Karte Europas. Zum Schluß weist die Pforte darauf hin, daß bei der Annexion der Inseln durch Griechenland, die zur Kontinuität anreizen würde, die Begründung eines dauernden Friedens keineswegs garantiert sei. Auf diesem Wege werde vielmehr eine fändige Reibungsfläche zwischen beiden Ländern erhalten.

Brand in der Kaserne.

b. Leipzig, 22. Jan. (Telegramm.) In der Kaserne des 106. Infanterie-Regiments brach heute nachmittag im Mittelgebäude ein Dachstuhl- und Eisenbrand aus. Der sofort mit mehreren Löscheinheiten herbeigeeilten Feuerwehrgelang es nach kurzer Tätigkeit, den Brand zu löschen. Die Entzündungsurache des Feuers ist bisher unbekannt. Es ist eine Unteruchung eingeleitet worden.

Vermischte Drahtnachrichten.

W. Berlin, 22. Jan. (Privat-Telegr.) Aus Frankfurt wird dem Wollischen Telegraphenbureau gemeldet: Die Nachricht von der Verlobung meiner Tochter ist unrichtig. gez. Wilhelm, Prinz von Sachsen-Weimar, Heibelberg.

W. London, 22. Jan. (Privat-Telegr.) Die Botschafter sind heute nachmittag zu einer Beratung zusammengekommen. b. Belgard, 22. Jan. (Telegramm.) Der jersische Gesandte in Wien Zwanoiwitsch ist heute nach Wien zurückgekehrt.

Berlin, 22. Jan. Die Werte des auswärtigen Handels Deutschlands erreichten (in Millionen Mark) im Dezember 1912 in der Einfuhr 903,5 an Waren und 68,3 an Edelmetallen (gegen 932,2 und 29,5 im Dezember 1911); in der Ausfuhr 886,0 an Waren und 11,8 an Edelmetallen (gegen 777,9 und 15,5 im Dezember 1911); im Jahre 1912 in der Einfuhr 10 292,1 an Waren und 360,9 an Edelmetallen (gegen 9706,0 und 301,3 im Jahre 1911); in der Ausfuhr 8888,6 an Waren und 142,7 an Edelmetallen (gegen 8099,2 und 118,3 im Jahre 1911).

Paris, 22. Jan. (Bienenricht.) Nach den vorliegenden Meldungen befindet die Türkei Geneigtheit zur Annahme der in der Kollektion der Großmächte enthaltenen Nachträge. Die Eröffnung der Börse war daraufhin sehr fest. Nennenswert höher liegen ausländische Renten, Banken und russische Anleihewerte etc. Besonders beachtet waren Rio Tinto. Späterhin wurde das Geschäft zwar ruhiger, die Grundstimmung blieb jedoch fest. Ärtliche Werte waren gefragt.

